

**WIR SAGEN
ZUSAMMEN
HALT**

ver.di

**KEINE
DISKUSSION
UND KEINE
ZUSAMMENARBEIT
MIT DER AFD**

8 FRAGEN UND ANTWORTEN

Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

Die AfD ist doch demokratisch gewählt, wieso soll sie nicht mitdiskutieren?

Die AfD ist eine demokratisch gewählte Partei. Das bedeutet aber nicht, dass die Partei auch demokratisch ist. Es gibt viele Aussagen von AfD-Politiker*innen, dass sie unsere Gesellschaft fundamental verändern wollen, indem sie zentrale demokratische Prinzipien abschaffen: Kein Schutz mehr für Minderheiten und keine Gleichstellung, Führerprinzip statt gewähltes Parlament. An die Stelle einer Aushandlung zwischen unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft soll die rücksichtslose Durchsetzung eines homogenen Volkswillens treten, wobei die AfD bestimmen will, wer zu diesem Volk gehört und was dessen Willen ist. Unabhängige Gerichte haben daher festgehalten, dass man Björn Höcke einen Faschisten nennen darf und dass die AfD verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt. Deshalb wird derzeit über ein Verbotsverfahren gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht diskutiert, das aber einige Jahre dauern würde. Unabhängig von einem Verbot der Partei steht aber fest, dass die AfD demokratiefeindlich ist – weshalb die AfD für uns als Gesprächs- oder Kooperationspartner nicht in Frage kommt.

**Ist es nicht
undemokratisch,
jemanden von der
Diskussion
auszuschließen?**

Gewerkschaften unterhalten sich mit vielen Parteien und Organisationen, auch wenn sie anderer Meinung sind. Gemeinsame Diskussion und Aushandlung von verschiedenen Interessen sind Prinzipien der Demokratie. Dies hat aber zur Voraussetzung, dass man zentrale demokratische Grundsätze einhält. Dazu gehört zum Beispiel die Würde aller Menschen und der Minderheitenschutz – Grundsätze, die die AfD nicht respektiert. Tatsächlich stärkt es die demokratische Diskussion, wenn man die Feinde der Demokratie davon ausschließt. Nur so können alle anderen ihre Position frei und ohne Angst vertreten.

Wollt Ihr Euch nicht mit den Inhalten der AfD auseinandersetzen?

Seit Gründung der AfD im Jahr 2013 setzen sich Gewerkschaften kritisch mit den Inhalten der Partei auseinander. Es gibt zahlreiche gewerkschaftliche Veröffentlichungen, die die Positionen der AfD kritisch beleuchten. Allerdings ist es ein Unterschied, ob man sich mit den menschenfeindlichen Positionen der AfD auseinandersetzt oder ob man AfDVertreter* innen eine Bühne für diese Ansichten bietet. Wir möchten keinen Beitrag dazu leisten, dass die AfD ihre rechtsextremen, rassistischen und autoritären Inhalte weiter verbreitet. Auf unseren Veranstaltungen hat sie daher nichts verloren. Beschäftigt man sich mit der AfD, wird zudem klar, dass sie in vielen Punkten Positionen vertritt, die denen der Gewerkschaften diametral gegenüberstehen: Gewerkschaften wollen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die AfD ist dagegen. Gewerkschaften fordern eine Reform der Erbschaftssteuer, die AfD ist dagegen. Gewerkschaften setzen sich für eine bessere Integration ausländischer Kolleg*innen ein, die AfD ist dagegen. Gewerkschaften fordern einen angemessenen Mindestlohn, die AfD ist dagegen. Gewerkschaften wollen die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft fördern, die AfD ist dagegen. Gewerkschaften wollen die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft gestalten, die AfD ist dagegen.

**Viele Menschen
wollen die AfD wählen.
Wenn Ihr nicht
mit der AfD
zusammenarbeiten
möchtet, grenzt
Ihr diese Menschen dann
nicht aus?**

Niemand, der bei uns mitmachen oder zu unseren Veranstaltungen kommen möchte, wird pauschal ausgegrenzt. Das schließt auch Personen ein, die andere Positionen haben als wir. Diese Positionen ernst zu nehmen, bedeutet aber auch, da zu widersprechen, wo Menschen abgewertet werden, rassistische oder homophobe Aussagen getroffen oder Verschwörungserzählungen verbreitet werden. Zudem machen wir einen Unterschied zwischen den Menschen, die mit AfD-Positionen sympathisieren, und Personen, die AfD-Mitglied oder sogar Funktions oder Mandatsträger*innen sind. Wer für die AfD eine Funktion ausübt, weiß, für welche Inhalte die Partei steht, und hat sich bewusst dafür entschieden. Diese Personen müssen auch die Konsequenz tragen, dass wir nicht mit ihnen zusammenarbeiten möchten.

Spricht die AfD nicht Probleme an, die in unserer Gesellschaft existieren?

Die AfD spricht zum Teil Probleme an, die in der Gesellschaft existieren. Auch Gewerkschaften kritisieren politisches Handeln. Es gibt aber einen fundamentalen Unterschied: Die AfD nutzt vorhandene Probleme, um gegen Minderheiten und die Schwächsten der Gesellschaft zu hetzen und die Demokratie zu untergraben. Deshalb benennt die AfD als Hauptproblem Empfänger*innen von Bürgergeld oder Migrant*innen, während sie gleichzeitig für Reiche die Steuern senken möchte. Die Kritik von Gewerkschaften hat im Gegensatz dazu eine solidarische Gesellschaft als Maßstab und fordert eine Umverteilung von den Vermögenden hin zu den weniger Vermögenden. Die Ziele der AfD und der Gewerkschaften sind miteinander unvereinbar.

**Wieso beschäftigt
Ihr Euch überhaupt
mit der AfD?
Gewerkschaften sollten
sich doch um
betriebliche Belange
kümmern.**

Die Organisation und Unterstützung von Beschäftigten ist zentrale Aufgabe von Gewerkschaften. In Tarifauseinandersetzungen organisieren Gewerkschaften die Macht der abhängig Beschäftigten gegen die Macht der Arbeitgeber. Doch die betrieblichen Auseinandersetzungen finden nicht im luftleeren Raum statt. Wie sich Beschäftigte organisieren können und wie erpressbar sie sind, wird jenseits des Betriebs bestimmt. Themen wie allgemeiner Mindestlohn, Mindesturlaub, die Rentenhöhe, die Steuerverteilung, das Streikrecht oder die Rechte von Betriebsräten werden gesetzlich geregelt. Zu den Aufgaben von Gewerkschaften gehört daher genauso die Vertretung der Interessen von abhängig Beschäftigten gegenüber dem Staat. Die AfD ist dabei unser Gegner, denn sie verfolgt eine neoliberale Politik, die die Lage der Beschäftigten verschlechtern wird.

Müsst Ihr als Gewerkschaften nicht parteipolitisch neutral sein?

Gewerkschaften sind überparteilich, aber nicht neutral. Sie sind parteiisch für die Interessen der Beschäftigten und vertreten diese in der politischen Diskussion. Positionen der unterschiedlichen Parteien werden mit diesen Interessen abgeglichen und bewertet. Darüber hinaus haben alle DGB-Gewerkschaften in ihrer Satzung zentrale Grundwerte festgeschrieben, die jedes Mitglied mittragen sollte. Dazu gehört der Einsatz für die Demokratie und der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Auch die Förderung der Integration von ausländischen Beschäftigten im Betrieb und in der Gesellschaft zählt zu diesen Grundwerten. Weil die AfD diesen Grundwerten fundamental widerspricht, positionieren Gewerkschaften sich gegen die AfD.

**Warum lasst Ihr die AfD
nicht mal machen?
Dann zeigt sich doch,
dass sie keine Lösungen
für die Probleme hat.**

Auch in den 1930er Jahren haben viele Menschen geglaubt, dass man die Nationalsozialisten entzaubern kann, wenn Adolf Hitler an die Macht kommt. Gewerkschafter*innen mussten schmerzlich erfahren, was es bedeutet, wenn Faschisten regieren: Am 2. Mai 1933 wurden hunderte von Gewerkschaftshäuser von Nazis besetzt und Gewerkschafter*innen in ganz Deutschland verhaftet. Viele von ihnen wurden gefoltert oder sogar ermordet. 12 Jahre lang gab es keine unabhängige Vertretung abhängig Beschäftigter mehr in Deutschland. Darüber hinaus wurden Minderheiten systematisch ausgegrenzt, Millionen von Menschen von den Nazis ermordet und der schlimmste Krieg der Menschheitsgeschichte wurde vom nationalsozialistischen Deutschland vorbereitet und begonnen. Aufgrund dieser historischen Erfahrung ist Antifaschismus seit 1945 ein Grundpfeiler des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses. Den Schwur der Überlebenden »Wehret den Anfängen!« wird von Gewerkschaften ernst genommen. Deshalb kämpfen Gewerkschaften dafür, dass die AfD von jeglicher politischer Regierungsmacht ausgeschlossen bleibt.

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Karl-Liebknecht-Straße 30–32, 04107 Magdeburg,
V.i.S.d.P.: Oliver Greie